

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	160
		<b>TOP:</b>	14
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	950/2019
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	03.12.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>			
<b>Protokollführung:</b>	Frau Faßnacht / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Wettbewerbsverfahren Neuer Stadtraum B14 - Auslobung</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 26.11.2019, GRDRs 950/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Durchführung des im Entwurf der Auslobung vorgeschlagenen Wettbewerbsverfahrens wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wettbewerb entsprechend dem vorgeschlagenen Zeitplan und Verfahren durchzuführen. Von den Inhalten der Auslobung wird zustimmend Kenntnis genommen (Anlage 1 - 3).

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Pätzold verliert die seitens des Rats gemeldeten Sachpreisrichter. Dies sind:

	<b>Ordentl. Mitglied</b>	<b>stellvertr. Mitglied</b>
B90/GRÜNE	Winter	Peterhoff
CDU	Kotz	Dr. Vetter
Die FrAKTION LINKE SÖS		
PIRATEN Tierschutzpartei	Ozasek	Freie Wähler: n.n.
SPD	n.n.	AfD: n.n.
FDP	Serwani	PULS: n.n.

Der Vorsitzende bittet darum, die ausstehenden Meldungen baldmöglichst nachzureichen. Für die Freien Wähler meldet StR Zeeb sich als stellvertretendes Mitglied nach.

StR Kotz (CDU) erklärt, man halte den Beschluss zur 50 %igen Verkehrsflächenreduzierung ohne eine Antwort darauf zu geben, was mit dem Verkehr passiert, der real stattfindet, für falsch. So sei bisher weder eine Antwort darauf gegeben worden, wie auch nur annähernd dies mit ÖPNV oder sonstigen Verkehrsmitteln abgehandelt werden kann noch gebe es auch nur annähernd eine Bereitschaft, entsprechende Umgehungsstraßen um Stuttgart herum in die Idee aufzunehmen, um den Durchgangsverkehr zu lösen. In Ordnung sei das aufgezeigte Vorgehen in Schritten, nichtsdestotrotz werden alle Entwürfe darstellen, wie es aussieht mit 50 % weniger Verkehr. Dies habe man auch beim Verein Aufbruch Stuttgart erlebt. Daher werde man sich bei der Abstimmung über die Vorlage der Stimme enthalten, am Wettbewerb jedoch selbstverständlich mitarbeiten.

StR Winter (90/GRÜNE) teilt mit, es sei noch keine intensive Beschäftigung mit der Vorlage möglich gewesen. Gegenüber StR Kotz unterstreicht er, man habe den Beschluss seinerzeit ausführlich begründet. Was den Wettbewerb von Aufbruch Stuttgart angeht, wo alle fünf Büros von dieser Reduzierung ausgingen, ohne dass dies eine Maßgabe gewesen wäre, so spreche dies für sich. Insofern glaube er, mit diesem Vorschlag richtig zu liegen und dass man im Laufe der Zeit auf diese Zahl kommen werde.

Auch die Fraktionsgemeinschaft hatte noch nicht die Zeit, sich intensiv mit der Vorlage - in der sehr viel Richtiges stecke - zu befassen, so StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Da man punktuell Anpassungsbedarf sehe, werde man wahrscheinlich einen Änderungsantrag dazu formulieren. Dies betreffe insbesondere die Ziele des Wettbewerbs und die Notwendigkeit, bereits im ersten Schritt schon eine Reduzierung vorzusehen was Verkehrsmenge und Verkehrsfläche anbelangt. Den Wünschen aus der Bürgerbeteiligung habe man sehr gut entsprochen.

StRin Kletzin (SPD) freut sich über den Beginn des Wettbewerbs. Sie nimmt Bezug auf den Lageplan zum Wettbewerbsgebiet (Anlage 2 zur GRDRs 950/2019) und bittet darum, die Verbindung zwischen Österreichischem Platz und Marienstraße einzubeziehen, die Schraffur entsprechend anzupassen und auch im Text genauer zu erwähnen.

Als "schon ganz gelungen" wertet StRin Köngeter (PULS) die Auslobung. Da man jedoch noch mit den Bezirksbeiräten Rücksprache halten wolle, werden ggfs. noch kleinere Änderungswünsche formuliert.

Auf den Workshop von Aufbruch Stuttgart nimmt StR Rockenbauch (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) Bezug. Dort hätten die Planungsteams nicht nur gezeigt, welche Qualitäts- und Lebensraumgewinne entstehen, wenn man 50 % der Verkehrsfläche reduziert, sondern alle Teams seien davon ausgegangen, dass es in Zukunft keiner Unterführung oder Tunnels für die Autos mehr bedarf.

Sorge habe er, dass man nun an einer sehr prominenten Stelle auf Grundlage einer 10 Jahre alten Planfeststellung eine Verlängerung eines solchen Tunnels um 105 m macht, obwohl alle internationalen Experten dazu raten, "schüttet die Dinger einfach zu!". Es handle sich um Investitionen in einer Größenordnung von 50 Mio. Euro. Addiere man die Summen für die Oberflächensanierung und die anderen Dinge dazu, die planfestge-

stellt sind, und der Gebhard-Müller-Platz so hergerichtet wird, obwohl man heute schon weiß, dass man es in zehn Jahren nicht mehr braucht oder nicht mehr will, wäre dies eine gigantische Verschwendung von grauer Energie und Geld. "Deswegen: Planfeststellungen sind auch nicht Gesetze, Planfeststellungen kann man ändern, man kann Änderungsverfahren machen, man muss da auch nicht bei Stuttgart 21 eingreifen, es geht um die Tunnelbauwerke, die jetzt für die Straßen da mal gemacht werden." Man halte es für notwendig, diese Genehmigung zu ändern, "weil z. B. ein relevanter kultureller Baustein für eine Milliarde Euro gerade vorgesehen wird, nämlich die Opersanierungserweiterung, und die wird von diesem alten Straßenquerschnitt gezwungen, dem 'Katzen'-Stift räumlich so auf die Pelle zu rücken, dass da kein qualitativer Schulbetrieb mehr in Zukunft möglich ist."

An StR Winter gewandt betont StR Kotz, alle Büros, die beim Workshop Aufbruch vorgetragen haben, hätten sich explizit auf den Beschluss des Gemeinderats zu der 50 %-Reduzierung bezogen. Sie hätten diesen Ansatz nicht von sich aus gewählt, sondern in ihren Wortbeiträgen auf diesen Mehrheitsbeschluss des Rates Bezug genommen. Mehrere der Büros hätten in ihren Präsentationen auch dargestellt, dass dafür - auf welche Art auch immer - der Durchgangsverkehr aus dieser Straße heraus muss. Dafür werde jedoch keine Antwort geliefert.

BM Pätzold verweist auf die anstehenden Beratungen der Bezirksbeiräte. StR Rockenbauch wendet sich dagegen, die Vorlage einzubringen und verweist auf seine fundamentale Kritik am Planfeststellungsbeschluss. Der Vorsitzende erinnert daran, dass die Verwaltung an anderer Stelle schon dargelegt habe, dass sie nicht vorhat, die Planfeststellung zu ändern, sondern diese zum Gesamtpaket gehört. Auch der Gemeinderat habe bisher nicht mehrheitlich verlangt, den Planfeststellungsbeschluss an dieser Stelle aufzuknüpfen. Er habe die Kritik zur Kenntnis genommen. Auch gehe er davon aus, dass die Bezirksbeiräte sich noch äußern werden, sodass manche Themen nochmals aufgegriffen werden.

StR Rockenbauch kündigt an, einen formalen Antrag zu stellen. Seines Erachtens muss es eine politische Antwort und Reaktion auf diese Kritik geben, anstatt einfach darüber hinwegzugehen. StR Kotz erinnert an die gerade stattfindenden Haushaltsplanberatungen, wo genau über diesen Punkt ausführlich diskutiert worden sei und sich die Fraktionen dazu positioniert haben, wie sie damit umgehen wollen: "Ja, wir wollen dieses Bauprojekt so umsetzen, wie es auf den Weg gebracht ist und damit gut!"

BM Pätzold stellt anschließend fest:

Die GRDRs 950/2019 ist einggebracht (4 Enthaltungen).

Zur Beurkundung

Faßnacht / de

## Verteiler:

I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
wg. STA

## II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister
2. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
3. Referat AKR  
Kulturamt (2)
4. Referat AKR  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
6. Referat T  
Tiefbauamt (2)
7. BVin Mitte, Ost,  
BV Süd
8. Rechnungsprüfungsamt
9. L/OB-K
10. Hauptaktei

## III. 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

2. CDU-Fraktion
3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
4. SPD-Fraktion
5. FDP-Fraktion
6. Fraktion Freie Wähler
7. AfD-Fraktion
8. Fraktionsgemeinschaft PULS